



Fachverband der
Elektro- und
Elektronikindustrie

Öffentliche Beschaffung strategisch nutzen

Positionspapier

Juni 2026

Öffentliche Beschaffung strategisch nutzen

„Made in Europe and Partner Countries“ für mehr Resilienz und Souveränität

Öffentliche Beschaffung neu denken

Geopolitische Spannungen und der Wettbewerb um technologische Führerschaft prägen die internationale Industriepolitik. Große Wirtschaftsräume wie die USA und China verfolgen klare Strategien, um Wertschöpfung im eigenen Raum zu sichern und Lieferketten zentral zu steuern. **Öffentliche Beschaffung kommt dabei eine zentrale Rolle zu, um Nachfrage zu bündeln und Innovationen rasch auf den Markt zu bringen.**

Im globalen Kontext zeigt sich: Trotz hoher industrieller und technologischer Kompetenz fehlt noch in einigen Bereichen die konsequente Umsetzung einer strategisch ausgerichteten Industriepolitik. Gleichzeitig bestehen strukturelle Wettbewerbsnachteile, etwa durch höhere Produktionskosten. Umso wichtiger ist es, bestehende Instrumente gezielt zu nutzen und strategisch auszurichten.

Problemaufriss

Europa hat in der Vergangenheit arbeitsintensive Produktionen in Drittstaaten ausgelagert. Diese übernahmen damit auch das nötige Know-how und entwickelten die zugrundeliegenden Technologien selbstständig weiter. In der Folge wurde Europa abhängig von kritischen Vorprodukten wie **seltenen Erden** sowie von **digitalen Technologien**. Für die **Versorgungssicherheit**, die **Stabilität kritischer Infrastruktur** und für die **industrielle Wettbewerbsfähigkeit** bringt das erhebliche Nachteile und Risiken mit sich. Um die eigene Resilienz zu stärken, müssen Produkte und Technologien wieder vermehrt in Europa hergestellt werden. Märkte im eigenen Land bzw. die Beschaffenheit der öffentlichen Nachfrage haben in anderen Wirtschaftsräumen hohe Bedeutung – in Europa wurde dies jedoch lange Zeit vernachlässigt. Mit europäischen Initiativen wie dem Industrial Accelerator Act oder dem in Arbeit befindlichen Public Procurement Act ändert sich das. Die öffentliche Beschaffung hat dabei, besonders in Österreich, enormes Potential.

Strategische Bedeutung

Als strategisches Instrument kann öffentliche Beschaffung die Nachfrage nach relevanten Gütern gezielt in die Richtung europäischer Lösungen lenken und den **Aufbau von Leitmärkten** beschleunigen. Neben dem Preis und kurzfristiger Effizienz müssen Kriterien wie **Versorgungssicherheit**, **Resilienz**, **technologische Souveränität** und **Innovationsfähigkeit** bei öffentlichen Beschaffungen systematisch berücksichtigt werden. Im Zentrum steht die Entwicklung heimischer Wertschöpfung, die internationale Abhängigkeiten verringert, Innovationszyklen verkürzt und europäische Märkte nachhaltig weiterentwickelt.

Warum „Made in Europe and Partner Countries“ in der öffentlichen Beschaffung notwendig ist Sicherheit und Resilienz

- Kritische Infrastrukturen (Energie, Mobilität, Digitalisierung, Gesundheit) erfordern verlässliche, kontrollierbare und sichere Technologien.
- Europäische Technologie-Anbieter unterliegen strengen rechtlichen, technischen und sicherheitsrelevanten Standards – insbesondere im Bereich Cybersicherheit und Datenschutz.
- Öffentliche Beschaffung kann gezielt dazu beitragen, strategische Abhängigkeiten von Drittstaaten zu reduzieren und die Versorgungssicherheit zu erhöhen. In diesem Zusammenhang ist die von der EU-Kommission vorgeschlagene Revision des Cybersecurity Acts zu begrüßen, welche die Beachtung von nicht-technischen Risiken in der Lieferkette vorsieht.

Qualität statt kurzfristiger Kostenoptimierung

- Der niedrigste Preis spiegelt nicht die gesamtwirtschaftlichen Kosten wider: Ausfälle, Sicherheitsrisiken, mangelnde Wartbarkeit oder fehlende Update-Fähigkeit von Software verursachen langfristig höhere Kosten.

- Hochwertige, sichere und langlebige Lösungen garantieren den wirtschaftlichen Nutzen öffentlicher Investitionen über den gesamten Lebenszyklus.

Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung

- „Made in Europe and Partner Countries“ stärkt europäische Wertschöpfungsketten, sichert qualifizierte Arbeitsplätze hierzulande und erhöht die Investitionsbereitschaft in Forschung und Entwicklung.
- Öffentliche Nachfrage nach europäischen Technologien wirkt als Leitmarkt für Innovationen und beschleunigt die Marktdurchdringung neuer Technologien. Damit wird der notwendige Rahmen für die resiliente Versorgung der Bevölkerung geschaffen.

Zentrale Herausforderungen im bestehenden Vergaberecht

Die Anwendung des **Bestbieterprinzips** ist rechtlich möglich, wird aber meist nicht vollumfänglich angewendet. Sicherheits-, Qualitäts- und Resilienz Kriterien sind derzeit vielfach nicht verbindlich oder zu schwach gewichtet.

FEEI-Forderungen an die Politik

Es braucht eine breiter aufgestellte Handelspolitik mit verlässlichen Partnern, den vermehrten Ausbau erneuerbarer Energien und ein modernes Marktdesign. Gleichzeitig müssen Sicherheits- und Vertrauenskriterien – vor allem bei Cybersecurity und der Auswahl von Anbietern – stärker berücksichtigt werden. Schlüsseltechnologien entlang der gesamten Wertschöpfungskette gewinnen dabei weiter an Bedeutung. Konkret braucht es für die Öffentliche Beschaffung:

- **Bestbieterprinzip konsequent umsetzen**
 - Verbindliche Anwendung des Bestbieter- statt Billigstbieterprinzips bei öffentlichen Ausschreibungen.
 - Stärkere Gewichtung von Qualität, Sicherheit, Lebenszykluskosten, Wartbarkeit und Nachhaltigkeit.
- **„Made in Europe and Partner Countries“ rechtlich verankern**
 - Gesetzliche Verankerung des Leitprinzips „Made in Europe and Partner Countries“, wie in der österreichischen Industriestrategie 2035 festgehalten, in der öffentlichen Beschaffung.
 - Einführung eines europäischen Mindestwertschöpfungsanteils bei strategisch relevanten Beschaffungen.
 - Die zeitnahe Umsetzung des Industrial Accelerator Acts unter Einbeziehung der Industrie würde diese Verankerung wesentlich vorantreiben.¹
- **Sicherheit und digitale Souveränität als Vergabekriterien**
 - Verankerung digitaler Souveränität und Cybersicherheit als verpflichtende Kriterien – insbesondere bei kritischer Infrastruktur – unter Berücksichtigung auch nicht-technischer Risiken.
 - Bevorzugung europäischer Technologien und Standards.
- **Öffentliche Beschaffung als industriepolitisches Instrument nutzen**
 - Öffentliche Beschaffung gezielt als Leitmarkt für die Förderung europäischer Innovationen einsetzen.
 - Bessere Verzahnung von Vergaberecht, Industrie-, Forschungs- und Innovationspolitik.
- **Bürokratie abbauen, Zugang erleichtern**
 - Vereinfachung von Verfahren, insbesondere für KMU sowie Start- und Scale-Ups, ohne Abstriche bei Qualität und Transparenz. Beispielsweise könnte die Erfüllung von Kriterien auch mittels Black- und Whitelists überprüft werden.

Über den FEEI – Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie

Der Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie vertritt in Österreich die Interessen des zweitgrößten Industriezweigs mit rund 300 Unternehmen, rund 72.500 Beschäftigten und einem Produktionswert von 23,43 Milliarden Euro (Stand 2024). Gemeinsam mit seinen Netzwerkpartnern – dazu gehören u. a. die Fachhochschule Technikum Wien, UFH, die Plattform Industrie 4.0, Forum Mobilkommunikation (FMK), der Verband Alternativer Telekom-Netzbetreiber (VAT) und der Verband der Bahnindustrie – ist es das

¹ Details hierzu im FEEI-Positionspapier: <https://www.feei.at/wp-content/uploads/2026/05/260511-feei-positionspapier-iaafinal.pdf>



oberste Ziel des FEEI, die Position der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie im weltweit geführten Standortwettbewerb zu stärken.

Obmann: Ing. Wolfgang Hesoun

Geschäftsführerin: Mag. Marion Mitsch

Rückfragen:

Mag. Florian Schnurer, LL.M.

GF-Stv., Leiter Digitalisierung

T +43/1/588 39-30

E: schnurer@feei.at

DI Dr. Klaus Bernhardt, MBA

GF-Stv., Leiter Forschung & Innovation, Energie
& Infrastruktur

T +43/1/588 39-32

E bernhardt@feei.at